



ROHSTOFF – Johannes Kostenzer schreibt über die natürlichen Werte unseres Landes.

## Ein Zeichen der Zuversicht

Wenn die Temperatur um wenige Grad Celsius ansteigt, wenn Flecken braunen Bodens aus dem Schnee zutage treten, geschehen im Untergrund große Veränderungen.

Wurzeln von Pflanzen erwachen aus einer Winterruhe, chemische Prozesse beginnen zu laufen, ausgelöst von Sonne und Temperatur. Und während wir an der Oberfläche das Braun der verdorrten Blätter, den schlafenden Boden sehen, keine Aktivität wahrnehmen, bereiten sich zahlreiche Pflanzen darauf vor, mit einem gewaltigen Energieschub ans Licht vorzudringen, zu wachsen und sich zu entwickeln, in diesem Frühjahr 2021.

Dieser für uns unsichtbare Prozess ist dennoch für das Wohlbefinden des Menschen von zentraler Bedeutung. Natur wirkt auf unsere Psyche und unsere Gesundheit, und es wird durch zahlreiche Studien belegt: Insbesondere Bewegung in der Natur, aber auch Naturbeobachtung tragen zu unserem psychischen Wohlbefinden bei. Sogar Blüten können positive Emotionen hervorrufen und Glücksgefühle auslösen.

So klein diese Geschehnisse im Alltag anmuten mögen, sind sie dennoch fundamentale Zeugnisse des Lebendigen. Zeugnisse, derer wir vielleicht gerade in diesem Frühjahr ganz besonders bedürfen. Wir sind nicht allein! Gerade jetzt, wenn der Winter sich verabschiedet und Frühlingsboten wie Eisbrecher erscheinen. Wer aufmerksam die Natur beobachtet, kann bereits jetzt die ersten Winterlinge unter dem schmelzenden Schnee sehen!

Solche Momente haben eine Bedeutung und können Zuversicht

geben. Wer sät und pflanzt, geht zuversichtlich in die Zukunft. Jeder mit ein bisschen Freiraum kann für sich solche blühenden Orte des Optimismus schaffen: am Balkon, im Garten, im landwirtschaftlich genutzten Umfeld, im öffentlichen Bereich, am Betriebsgelände etc.

Unternehmen und öffentliche Einrichtungen können mit naturnahen Gestaltungen im Außenbereich ein Zeichen setzen und das Wohlergehen der Mitarbeiter oder Bürgerinnen positiv beeinflussen. Mit der Initiative Blütenreich der Tiroler Umweltschutzbewegung begleiten wir alle, die dazu mehr wissen wollen. Wir beraten gerne zur Verwendung von Pflanzenmaterial, Anlagentechniken und vielem mehr.

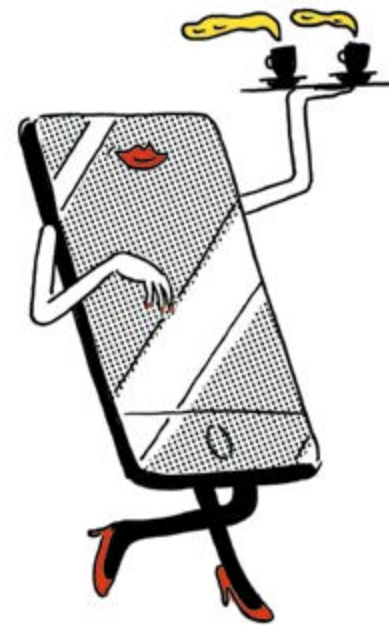
Denn es ist zum Beispiel von zentraler Bedeutung, heimische Blütenpflanzen zu wählen und solche Pflanzen, die unsere heimische Insektenwelt ernähren. Säen oder pflanzen wir standortgerechte, heimische Pflanzen, entstehen dabei nämlich Energie-Tankstellen für bestäubende Insekten. Damit leisten wir sogar einen Beitrag zum Artenschutz und wir geben der Natur Raum, sich zu entfalten.

Als Beobachter können wir noch tiefer eintauchen und den Kontakt mit der Natur auf unsere Psyche, Gesundheit, unser Wohlergehen wirken lassen.

### UNSER KOLUMNIST JOHANNES KOSTENZER

Der studierte Biologe setzt sich seit 2008 als Landesumweltanwalt für die Tiroler Natur und Landschaft ein.

DIGITALE NORMALE – Technik ändert unser Leben. Nerds helfen uns, sie zu verstehen. Mit Illustrationen von Patrick Bonato.



## Warum sind digitale Sprachassistenten weiblich?

Siri, Cortana, Alexa – aus unserem Smartphone kommen uns meist Frauenstimmen entgegen. Steckt Sexismus dahinter? Sprachwissenschaftlerin Judith Meinschaefer weiß mehr.

Vertraut man der Forschung der akustischen Phonetik, so sind Frauenstimmen leichter verständlich als Männerstimmen. Bei einem Mann vibrieren die Stimmbänder rund 150mal in der Sekunde, bei einer Frau durchschnittlich bis zu 300mal. Wenn sich die Stimmbänder schneller bewegen, wird deren Signal, das wir mit unserem Mund zu Sprache formen, einfach präziser und die einzelnen Laute lassen sich besser unterscheiden. Die Sprachverständlichkeitsforschung ist in etwa so alt wie das Telefon. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts musste man noch bei der Telefonvermittlung anrufen, und dort saßen anfangs Männer. Als die Forschung feststellte, dass höhere Frequenzen leichter zu verstehen sind, stellte man nur noch Frauen ein. Dass damit das Klischee von der Frau in der Assistenzrolle reproduziert wird, ist natürlich wahr und spielte in der Geschichte der Telekommunikation sicher eine Rolle. Smartphones waren und sind nach wie vor technische Spielereien, die von Männern für Männer gemacht werden. Und der durchschnittliche heterosexuelle Mann lässt sich natürlich lieber von einer Frau bedienen als von einem Mann. Im Endeffekt steckt hinter so einer Sprachassistenten-Software aber jahrzehntelange Entwicklung, dank der diese Geräte optimal funktionieren. Das kann man nicht von heute auf morgen ändern. Auch ich muss zugeben: Bei meinem Navigationsgerät habe ich die Wahl zwischen Mann und Frau und wähle Letzteres. Bei der Lautstärke im Auto verstehe ich eine weibliche Stimme einfach besser.

Protokoll: MAXIMILIAN EBERLE

Judith Meinschaefer forscht am Institut für Romanische Philologie der Freien Universität Berlin unter anderem zu Akzenten und Sprachrhythmus.

# Jetzt geht's für Bergbauern ums Überleben

In Brüssel entscheidet sich gerade, welche Art von Landwirtschaft die EU künftig bevorzugt – und wie es für Tirols kleine Höfe weitergeht. Warum uns nicht egal sein darf, wohin 400 Milliarden an Agrarförderungen fließen.

Text: SÓNIA MELO



Als die Milchquote 2015 abgeschafft wurde, protestierten Bauern in Wien mit einem Milchbad.

**W**ussten Sie, dass der größte Fördertopf der Europäischen Union gerade neu verteilt wird? Es handelt sich um viel Geld – 58 Milliarden Euro im Jahr, um genau zu sein: Diese gewaltige Summe an öffentlichen Steuergeldern pumpt die EU regelmäßig in die Förderung der eigenen Landwirtschaft.

Für die kommende Förderperiode der Jahre 2023 bis 2027 hat die Europäische Kommission nun eine Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgeschlagen. Die Verhandlungen mit

dem EU-Parlament und Agrarministerrat, die sogenannten Trilog-Verhandlungen, sind im Endspurt. Ziel ist, den Trilog im ersten Quartal 2021 abzuschließen, damit den Mitgliedstaaten Zeit bleibt, ihre nationalen Strategiepläne auszuarbeiten. Es geht um die Verteilung der knapp 400 Milliarden Euro

für die nächste Förderperiode. Steuergelder, die über unsere Ernährung bestimmen. Und über die Zukunft der Landwirtschaft in Tirol. Laien sind die Folgen dieser Reform kaum bekannt. Fangen

wir darum von vorne an: Die Entstehung der GAP ist eng mit der Geschichte der EU verbunden. Sie gehört zu den ältesten und finanziell relevantesten Politikfeldern

## Am Spiel steht auch die Zukunft der Landwirtschaft in Tirol.

des Staatenverbundes. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 entschieden die Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die Agrarpolitik gemeinschaftlich zu steuern, mit 1962 trat dieser Entschluss in Kraft. So wollten die Länder die Lebensmittelknappheit der Nachkriegszeit über-

winden, europäische Konsumentinnen und Konsumenten mit kostengünstigen Lebensmitteln versorgen und gleichzeitig die Einkommen der Produzentinnen und Produzenten sichern. Durch eine gezielte protektionistische Steuerpolitik hatten europäische Produkte einen Wettbewerbsvorteil gegenüber jenen aus Übersee. Es funktionierte so gut, dass in den Achtzigerjahren die Überschussproduktion der Betriebe zum Problem wurde – Milchseen, Butter- und Fleischberge wurden zum Begriff.

Die Agrarsubventionen belasteten die Staats Haushalte der EU-Mitglieder dermaßen, dass ab 1992 die Agrarförderungen von der Produktionsmenge entkoppelt wurden. Der Markt wurde liberalisiert, seitdem orientiert sich die europäische Agrarpolitik am Weltmarkt. Damit sind jedoch die Erzeugerpreise so gefallen, dass die europäische Landwirtschaft ohne Subventionen nicht konkurrenzfähig ist, für Kleinbauern geht es vielmehr ums Überleben.

Seit der GAP-Reform von 1999 (Agenda 2000) ruht die Agrarpolitik der EU im Wesentlichen

auf zwei Säulen: Die erste Säule bilden Direktzahlungen, die nach Fläche vergeben werden, sie werden auch Einkommensbeihilfen oder Ausgleichszahlungen genannt. Die zweite Säule sind Förderungen, die an Maßnahmen im Bereich ländliche Entwicklung, Umwelt- und Klimaschutz gekoppelt sind. Konkrete Programme werden jedoch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene geplant und umgesetzt. Das bedeutet: Die GAP gibt nur den großen Rahmen vor, nationale und lokale Regierungen bestimmen, wie die Förderinstrumente in ihrem Wirkungsbereich genutzt werden.

Jahrzehntlang waren die Subventionsempfänger der GAP ein gut gehütetes Geheimnis. Bis Anfang 2000 eine Gruppe von Journalistinnen und Aktivisten aus Großbritannien und Dänemark begann, hierzu zu recherchieren, und sich dafür einsetzte, dass die Begünstigten veröffentlicht werden. Mit Erfolg. Seit 2009 sind alle Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, die Empfänger der Agrarsubventio-

nen der letzten zwei Jahre offenzulegen. In Österreich werden sie unter Transparenzdatenbank.at publik gemacht.

Nach Österreich fließen insgesamt acht Milliarden aus beiden Fördertöpfen, als Direktzahlungen und als Mittel aus dem Programm für ländliche Entwicklung. Die höchste Summe im Förderjahr 2019 ging laut Transparenzdatenbank an die Agrarmarkt Austria mit 33,5 Millionen Euro, gefolgt von der Arge Landwirtschaftskammer Beratung mit 5,1 Millionen und das Landwirtschaftsministerium mit 3,3 Millionen Euro. Das meiste Geld als einzelner Betrieb erhielt der Käse-Abpacker Tirol Pack, ein Zusammenschluss von zehn Tiroler Kleinsennereien, in der Höhe von 2,9 Millionen Euro.

Die Förderschiene ist ein komplexer Koloss. Schwer durchschaubar ist die GAP auch für die Landwirte selbst. Doch gerade in Österreich, das

### Die Erzeugerpreise sind so niedrig – ohne Subventionen geht es nicht.

## Agrarförderungen an soziale Kriterien koppeln?

Das Europäische Parlament hat einen radikalen Vorschlag gemacht: Nur wer sich an soziale und arbeitsrechtliche Bestimmungen hält, soll künftig EU-Agrarsubventionen bekommen. Das wäre eine Premiere: Förderungen der GAP waren noch nie an Fairness geknüpft.

Die Landwirtschaft gilt europaweit als Niedriglohnsektor. Mindestens zehn Millionen Menschen sind in der Branche beschäftigt, hauptsächlich als Saisonarbeiterinnen und Tagelöhner. Unmenschliche Arbeitsbedingungen, schlechte Löhne oder minderwertige Wohnverhältnisse sind die Regel. Ob Vergewaltigungen in Tomatenplantagen oder Menschenhandel mit Geflüchteten für die Ernte: All das findet auf europäischem Boden statt.

Der soziale Vorstoß des Parlaments könnte das Leid lindern. Viele Agrarminister fürchten aber, dass er den zähen Reformprozess verlängern würde. Der rumänische Landwirtschaftsminister Adrian Oros warnte gar, Landwirte könnten deswegen die Produktion aufgeben.

Um Druck aufzubauen, versandte der Gewerkschaftsverband der European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions (EFFAT) einen offenen Brief an alle Verhandlungsparteien und unterstützt darin den Vorschlag des Parlaments. „Die Reform der GAP bietet der EU eine einzigartige Gelegenheit, die europäische Landwirtschaft zu überarbeiten, um sie wirklich nachhaltig und sozial gerecht zu machen“, heißt es darin. Die EFFAT vertritt 120 Gewerkschaften in 35 Ländern, mit knapp drei Millionen Mitgliedern. Geht es nach ihnen und zahlreichen NGOs, würden die 400 Steuermilliarden künftig nur bei Betrieben landen, die Menschenrechte achten. In einem der prekärsten Sektoren der EU-Wirtschaft wäre das ein großer Schritt.



Berliner Großdemo für eine nachhaltige Agrarwende.  
© Die Auslöser/Berlin

hauptsächlich über klein strukturierte Landwirtschaft verfügt – die durchschnittliche Betriebsgröße liegt hierzulande bei 19,80 Hektar – ist sie auch überlebensnotwendig.

An der Art, wie die Förderungen verteilt werden, üben jedoch nicht nur Kleinbetriebe Kritik, sondern auch Ökonomen und Agrarwissenschaftlerinnen. Sie argumentieren: Während der Lebensmittelnknappheit in den Sechzigerjahren sei es sinnvoll gewesen, die Produktivitätssteigerung über die GAP zu unterstützen. Heute verstärkte das Förderschema einen ungünstigen Trend – Wachsen oder Weichen.

#### Viele Bauern und Bäuerinnen geben auf.

Laut dem Grünen Bericht Österreich mussten von 1990 bis 2016 bereits 42,5 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe zusperrern, vor allem Kleinbetriebe sind davon betroffen. Die aktuelle Studie „Die Herausforderung der Landaufgabe nach 2020 und Optionen für Ausgleichsmaßnahmen“ vom Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (AGRI) des Europäischen Parlaments, geht sogar explizit auf die Gefahr der Entsiedelung in benachteiligten Regionen Tirols ein.

Die Berglandwirtschaft kann mit den Betrieben in Gunstlagen nicht konkurrieren – wegen härteren Klimas, fehlender oder teurer Infrastruktur, erhöhtem Arbeitsaufwand. Während in den Nicht-Berggebieten der EU schon etwa dreißig

Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche bedroht sind, aufgegeben zu werden, liegt dieser Wert in den Berggebieten bei 63 Prozent. Um dem entgegenzutreten, fordert die Österreichische Berg- und Kleinbauernvereinigung (OBV) Via Campesina für die neue GAP, dass künftig die ersten zwanzig landwirtschaftlich genutzten Hektar doppelt gefördert werden.

„Das wäre eine Sofortmaßnahme, die jetzt mit der GAP-Reform direkt umsetzbar ist“, sagt Franziskus Forster von der OBV Via Campesina. „Es würde die Lage der Klein- und Mittelbetriebe verbessern und Arbeitsplätze im ländlichen Raum sichern. Zusätzlich braucht es dringend eine bessere Unterstützung für Bergbetriebe.“ Klar ist für ihn, dass das nur der erste Schritt wäre: „Wenn sich jetzt nichts ändert, steht eine große Welle des Höfesterbens an. Das müssen wir verhindern, bevor es zu spät ist“, sagt Forster. Für Tirol würde die doppelte Förderung der ersten zwanzig Hektar viel ausmachen – sie würde fast allen Betrieben direkt zugutekommen. Auch die Landwirtschaftskammer Tirol spricht sich darum für eine höhere Förderung der Kleinstbetriebe aus, innerhalb des Bauernbunds fehlt aber österreichweit noch die Unterstützung.

Wenn schon innerhalb Österreichs die Interessen so verschieden sind, verwundert es nicht, dass die Verhandlungen zur GAP auch auf höherer Ebene zäh sind: Die Unterschiede der Landwirtschaft innerhalb der EU sind enorm. Manche Betriebe



Mühsam von Hand kommt man mit dem Mähen am Berg weitaus langsamer voran als in den Tälern. Eine Förderung rein nach Fläche bevorzugt die Gunstlagen, sagt ein Bergbauer.  
© Apa

bewirtschaften hundert Hektar Fläche oder weit mehr, viele andere aber nur zehn und weniger.

Zu Letzteren gehört ein Bergbauer im Tiroler Unterland, der anonym bleiben möchte. Wir nennen ihn Josef. Sein Bergbauernbetrieb, hauptsächlich Milchwirtschaft, ist seit 1900 in Familienbesitz und umfasst zehn Hektar. In seinem Betrieb sind drei familieneigene Arbeitskräfte in Vollzeit beschäftigt. Vorwiegend über Direktvermarktung in seinem Hofladen oder am Bauernmarkt verkauft er seine Käseprodukte, liefert aber auch Milch für die Verarbeitung an die Sennerei. Josefs Hof befindet sich auf 800 Meter Seehöhe in Steillage und dadurch entsteht für ihn schon eine Benachteiligung, sagt er. Eine reine Flächenprämie sei ungerecht: Im Tal, in sogenann-

ten begünstigten Regionen, gehe das Mähen mit einem Traktor schneller als in steilen Gebieten, wo entweder von Hand oder mit dem Motormäher gearbeitet werden muss. „Während ein Bauer unten ein zehn Hektar großes Feld mäht, mähe ich einen Hektar hier oben. Es ist schwieriger, aufwendiger und auch gefährlicher.“

Er hat auch weniger Möglichkeiten, seine Flächen zu nutzen: „In steilen Wiesen kann ich Gras und Heu anbauen, aber nicht Gemüse und Getreide, das ist kaum möglich.“ Zwar bekommt er aus der zweiten GAP-Säule Förderungen für benachteiligte Berg-

bauerngebiete, doch in seinen Augen viel zu wenig. „Ein wesentlicher Teil geht für Sozialversicherungsbeiträge drauf, die sehr hoch sind“, sagt er. Außerdem seien die bürokratischen Hürden enorm. Die Agrarförderungen müssen jährlich beantragt werden. Die Landwirtschaftskammer berate zwar gut, so Josef, aber kompliziert und bürokratisch bleibe das Prozedere trotzdem. Es könne einem durch einen kleinen Fehler leicht passieren, dass man

durch die Finger schaut. Wie unmittelbar die hohe EU-Politik sich auf einen Landwirt in Tirol auswirkt, hat Josef schon vor fünfundsiebenzig Jah-

**„Wir müssten als reiche Gesellschaft in der Lage sein, kostendeckende Preise für Lebensmittel zu zahlen.“**

## „Die Agroindustrie wirft sich mit Lobbying ins Zeug“

Die Starköchin Sarah Wiener engagiert sich schon jahrelang für eine nachhaltige Agrarwende – seit 2019 auch als EU-Abgeordnete. In ihrem Gastbeitrag erklärt sie das ungleiche Kräftespiel in Brüssel, und warum sie nicht aufgibt.

Text: SARAH WIENER

**V**iele Stunden habe ich mich mit der ehrfurchterregenden Europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik auseinandergesetzt und viele werden es noch werden.

Seit zwei Jahren wird eine neue GAP für die kommenden sieben Jahre ab 2023 ausverhandelt. Das ist eine riesige Chance für einen dringend notwendigen Kurswechsel, endlich das Gute und Richtige in der Landwirtschaft zu fördern: nämlich kleinere, vielfältige Bauernhöfe und regionale (handwerkliche) Versorgungsstrukturen, die auf ein Gleichgewicht in der Natur bedacht sind und auf Pestizide und Mineräldünger großteils verzichten, die durch weite Fruchtfolgen den Boden lebendig halten, durch resistente und ans Klima angepasste Pflanzen regionale Erträge sichern und durch faire Preise das Leben im ländlichen Raum stärken.

Vor beinahe drei Jahren hat die Kommission ihren Vorschlag für die GAP der kommenden sieben Jahre präsentiert, der Rat und das Parlament haben ihre eigene Position dazu erarbeitet. Ich und meine Fraktion sowie zahlreiche NGOs, Umweltverbände und Bürgerbewegungen sind

aber alles andere als angetan davon. Denn die meisten Konservativen, auch Sozialdemokraten und Liberale setzen jetzt, inmitten einer Gesundheits- und Klimakrise, alles daran, dass alles so bleibt wie bisher. Die Agroindustrie wirft sich in Sachen Lobbying ins Zeug, allen voran der größte Agrar-Lobbyverband der EU: Copa Cogeca, dessen Mitglied auch die österreichische Landwirtschaftskammer ist.

Sie wollen, dass künftig weiterhin rund sechzig Prozent der Subventionen nach der Fläche vergeben werden, das heißt: Wer viel hat, dem wird auch viel gegeben. Dadurch können sich Klein- und Mittelbetriebe, die den Großteil der österreichischen Bauernhöfe ausmachen, kaum über Wasser halten. Die neuen Ökoregelungen, die sogenannten Eco-Schemes, werden als große Umweltschutzmaßnahme präsentiert. Dabei sind sie nichts anderes als Greenwashing, denn nur 30 Prozent der ausbezahlten Direkthilfen sollen an umweltfreundliche Landwirtschaftsmaßnahmen geknüpft sein

– und das freiwillig! Die Verhandlungen liegen in den letzten Zügen, aber zwischen EU-Parlament, den Mitgliedsstaaten und der Kommission geht kaum etwas voran. Im Raum stehen bestenfalls Kompromisse, die bestehende, schwache Positionen weiter verwässern. Die wissenschaftliche Erkenntnis, dass sich jetzt – radikal – etwas ändern muss, wenn wir weiteres Bauern- und Artensterben sowie unfruchtbare Böden verhindern wollen, scheint kein ausreichendes Argument zu sein.

**Es muss sich radikal etwas ändern, wenn wir weiteres Bauern- und Artensterben verhindern wollen.**

Darüber hinaus wurde meine Fraktion, die Grünen/Europäische Freie Allianz von den Verhandlungen im Europa-Parlament großteils ausgeschlossen, weil die Konservativen unsere Stimme für eine Mehrheit nicht brauchen. Aber die Hoffnung stirbt immer zuletzt. Die Mitgliedsstaaten arbeiten gerade ihre nationalen Strategiepläne für die zukünftige GAP aus. Jeder Mitgliedsstaat kann national angepasste Lösungen vorschlagen. In einem kleinen und bergigen Land wie Österreich ist zum Beispiel die Forde-

ren miterlebt. Anfang der Neunzigerjahre hat er als einer der Pioniere seinen Betrieb auf Bio umgestellt, aus Überzeugung. Wenige Jahre später, 1995, als Österreich in die EU und in die WTO (Welthandelsorganisation) eintrat, sind die Erzeugerpreise um die Hälfte gefallen. Ohne die GAP-Subventionen hätte er längst den Hof aufgeben müssen. „Gäbe es die erste Säule nicht, müssten die Verkaufspreise kostendeckend sein, was sie nicht sind“, sagt Josef. „Ich mag den Begriff Förderung nicht, weil es ja Ausgleichszahlungen sind.“

**Subventionen statt fairer Preise.**

Das rechnet er anhand eines Beispiels vor: Im Handel kostet ein Kilo Bergkäse 16 Euro. Der Sennerei bezahlt der Handel dafür sieben Euro. Josef bekommt wiederum von der Sennerei für einen

Liter Milch jeweils 0,45 Euro, für die elf Liter, die man für die Erzeugung von einem Kilo Bergkäse braucht, sind es also fünf Euro. Die größte Gewinnspanne streift der Handel ein. „Leider ist aber ein Tabu, über die Spannen im Handel zu sprechen.“ Um kostendeckend zu sein, müsste ein Liter konventionell erzeugter Milch den Bauern mindestens sieben Cent einbringen, sagt Josef. „Für Bio-Milch wäre es noch mehr.“ Er findet: „Eine Gesellschaft, die zu den reichsten der Welt angehört, müsste in der Lage sein, kostendeckende Preise für Lebensmittel zu bezahlen.“

Doch seine Forderung ist unrealistisch, das weiß er: „Konsumentinnen sind nicht bereit, mehr für Lebensmittel zu bezahlen“. In den Fünfzigerjahren gaben die Österreicherinnen und Österreicher

tatsächlich noch fast die Hälfte ihres Budgets für Lebensmittel aus. Heute entfallen laut Erhebungen von Statistik Austria bloß etwa zwölf Prozent der Haushaltsausgaben auf Ernährung. Was Konsumentinnen und Konsumenten allerdings nicht sehen: Über die GAP subventionieren sie mit ihren Steuergeldern die Betriebe trotzdem, können aber nicht kontrollieren, welche.

**Kommt ein verlorenes Jahrzehnt?**

Solange das System so bleibt, wünscht Josef sich zumindest eines: „Die erschwerten Produktionsbedingungen in den benachteiligten Gebieten müssen endlich abgegolten werden.“ Aber das ist nicht in Sicht. Auch nicht eine Aufwertung der Maßnahmen aus der zweiten Säule – dort, wo es um eine umweltfreundliche und klimaschützende



Sarah Wiener setzt sich in Brüssel für gute Putenhaltung oder bienenfreundlichen Ackerbau ein.  
© Christian Kaufmann

Agrochemie. Für diese Transformation brauchen wir Geld. In der GAP wäre es vorhanden. Davon würden wohl achtzig Prozent aller Bauern profitieren. Die schwer subventionierte Agroindustrie, die Ressourcen verbraucht und Äpfel wie Hühner gleichermaßen normiert, patentiert und stark verarbeitet, müsste ihre Preise drastisch erhöhen.

Ich und meine Fraktion geben nicht auf. Umwelt- und Bio-Verbände, aber auch Zivilgesellschaft, soziale Bewegungen und Gewerkschaften machen bereits Druck. Immer mehr Menschen wollen wissen, was da auf ihren Tellern landet, wie es produziert wurde und wer davon profitiert hat. Was man also noch zu einer zukunftsfähigen GAP beitragen kann? Seinen Unmut und seine Forderungen bei den zuständigen Politikern und Politikerinnen deponieren oder bei einer Petition

gegen den aktuellen GAP-Entwurf unterschreiben. Breite zivilgesellschaftliche Netzwerke wie die österreichische „Wir haben es satt“-Plattform oder die europäische Initiative Good Food Good Farming leisten einen enorm wichtigen Beitrag.

Und dann braucht es für Änderungen in der Politik natürlich Mehrheiten. Also Obacht, wen man das nächste Mal wählt. Die Uhr tickt nicht nur; sie schreit schon.

Die österreichischen Berg- und Kleinbäuerinnenvereinigung (ÖBV Via Campesina), die ersten zwanzig Hektar doppelt zu fördern, sinnvoll, um Arbeitsplätze und Einkommen in der Landwirtschaft zu sichern.

Das ist für die Agroindustrie und deren Funktionäre nämlich kein Thema, dass der Hauptteil der Förderungen nach Kriterien vergeben werden sollte, die eine öffentliche Leistung, wie zum Beispiel die Regenerations- und Produktionsfähigkeit gesunder Böden, fördern. Dabei sollte doch

öffentliches Geld für öffentliche sozial-ökologische Leistungen der Bäuerinnen und Bauern ausgegeben werden.

Landwirtinnen und Landwirte sollten begreifen, dass eine nachhaltige umfassende Transformation der Subventionsgelder ein echter Befreiungsschlag sein könnte und gerade kleinere, vielfältige flexible Betriebe in ganz Europa stärken könnte. Ich bin der Überzeugung, dass sie besser die Ökologie und Biodiversität zu ihren Paten machen sollten – nicht die Pharmaindustrie und die



Foto: Elya.O - stock.adobe.com; Design: Tiroler Landesmuseen

**ARTENVIELFALT  
TIROLS  
EX & NEO**

**21.3.2021 BIS  
28.2.2022**

**ALPENZOO  
/ WEIHERBURG**

**tiroler-landesmuseen.at**

Landwirtschaft geht. Für die Biolandwirtschaft sieht es nicht gut aus: „Milliarden sollen derzeit gegen die Interessen der breiten Bevölkerung und der nachhaltig wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern ausgegeben werden – mit relevanten Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlagen und unsere Lebensmittel“, beklagt Regula Imhof, Initiatorin der Kampagne „GAP for future – now“. Sie ist Bio-Obstbäuerin in Tirol und war bis Ende 2020 Geschäftsführerin vom Verband der Tiroler Biobäuerinnen und Biobauern, Bio Austria Tirol. Imhof prognostiziert aufgrund der neuen GAP, sofern der medial unterbeleuchtete Stand der Verhandlungen es durchblicken lässt, sogar „ein verlorenes Jahrzehnt für eine nachhaltige Landwirtschaft.“ Vorgesehen sei wohl, „dass weiterhin 20 Prozent der Betriebe rund achtzig Prozent der Förderungen erhalten.“ Es handele sich wie bisher um große Betriebe und: „Umweltmaßnahmen kommen zu kurz, die Biolandwirtschaft wird zum größten Teil dem freien Markt überlassen“.

**„Wenn sich jetzt nichts ändert, kann es in zehn Jahren zu spät sein.“**

Sie und andere Kritiker der geplanten Maßnahmen fordern eine Deckelung der Förderungen, eine Obergrenze von sechzigtausend Euro pro Betrieb. Genau wie die doppelte Förderung der ersten zwanzig Hektar haben sich auch diese Forderungen bisher nicht durchgesetzt. Aber auch um umweltpolitische Themen wird heiß gestritten: Während bei den Trilog-Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU noch diskutiert wird, ob zwanzig oder dreißig Prozent der Subventionen in Verknüpfung mit Nachhaltigkeitskriterien vergeben werden, will sich auch die Klima-Gruppe Fridays For Future Innsbruck mit so geringen Zielen nicht abfinden.

Die Jungen warnen, „die Chance auf einen Systemwandel in der Landwirtschaft nicht zu verspielen. Um siegreich aus der Klimakrise hervor zu gehen, darf es nicht bei zwanzig oder dreißig Prozent bleiben. Wir benötigen hundert Prozent“. Ob umsetzbar oder nicht, ob die Forderungen auch zu radikal oder verträumt sind: Fridays for Future mobilisiert europaweit, besonders in Deutschland, für mehr Klimagerechtigkeit in der neuen GAP. Die Jugendbewegung bildet so eine Gegenkraft zur Agrarlobby, die verbindliche Klimaziele und einen Systemwandel blockiert.

**Bauern sichern die Kulturlandschaft.**

Warum Kleinbetriebe eigentlich gegenüber der Agriindustrie bevorzugt werden sollten, erklärt Bergbauer Josef: „Klein strukturierte Landwirtschaft ist das Rückgrat des ländlichen Raumes, schafft viel mehr Arbeitsplätze als die industrielle Landwirtschaft und ist umweltgerechter.“ In einer touristisch geprägten Region wie Tirol seien Bauern wie er auch äußerst wichtig, um Böden

und Landschaften zu erhalten und zu schützen. „Wer verbringt schon gerne den Urlaub umgeben von riesigen Monokulturen, von ungepflegten und unbewohnten Berghängen?“

**Biologische Vielfalt ist in Gefahr.**

Die Biologin Lydia Bongartz, Schutzgebietsbetreuerin für das Land Tirol, sieht es ähnlich: „Monokulturen und intensiv genutzte Flächen sind aus ökologischer Sicht verarmt. Eine kleinstrukturierte Landwirtschaft fördert die Biodiversität, bietet Lebensräume für eine Vielfalt seltener Pflanzen und Tiere, ganz besonders der Insekten.“ Besonders Bio-Betriebe setzen auf Kreislaufwirtschaft, hofeigenes Futter und Dünger, verzichten auf Pestizide. Viele Großbetriebe, die überproportional gefördert werden, setzen dagegen auf Monokulturen, importiertes Soja und Spritzmittel. „Ich finde es furchtbar, wenn die neue Gemeinsame Agrarpolitik nicht darauf abzielt, weitere Verluste an Biodiversität zu verhindern“, sagt Bongartz. „Wenn sich jetzt nichts ändert, kann es in zehn Jahren zu spät sein“.

Ob Biodiversität, eine klimagerechte Zukunft für kommende Generationen oder ein gutes Leben und eine gute Ernährung für alle Menschen: All das hängt auch davon ab, wie die künftige Europäische Agrarpolitik aussehen wird. Konsumentinnen und Konsumenten haben zwar beim Einkauf eine gewisse Wahl, aber sie müssen auch jenen politischen Kräften genau auf die Finger schauen, die entscheiden, wohin Steuergelder fließen: Sollen EU-Gelder künftig gute und gesunde Lebensmittel für alle sichern oder hohe Profite für wenige? Das entscheidet sich jetzt und der Handlungsbedarf ist dringend. Denn Klimagerechtigkeit und Fairness in der Landwirtschaft lassen schon zu lange auf sich warten.

**i**

**AKTIV WERDEN**

Die Online-Petition der ÖVB-Via Campesina „Für die doppelte Förderung der ersten 20 Hektar“ kann auf der Website [viacampesina.at](http://viacampesina.at) unterzeichnet werden.

# Fantasie für das Alte

Unsere Baukultur bildet Jahrhunderte ab. Doch viele machen sich nichts aus Denkmalpflege. Vom guten Umgang mit dem gebauten Erbe.

Text: REBECCA SANDBICHLER



Dieses Haus aus recycelten Teilen einer Tenne steht in Fulpmes. Es wurde 2020 beim Preis für Neues Bauen in Tirol lobend erwähnt. Entwurf von Robert Pfrutscheller (Madritsch Pfrutscheller). © Daniel Pfrutscheller

**E**s waren die Tischdecken. Sie waren das perverseste Detail der Geschichte, die sich im Winter hinter den verschlossenen Türen vom Hotel Europa in Innsbruck zugetragen hat.

Die einst detailreich geschmückten Wände des Barocksaals, der zwei Weltkriege überdauert hat, standen plötzlich nackt da. Jemand hatte sie händisch bis aufs Mauerwerk abgehauen – Stuck für

Stuck. Nur die Tischdecken waren noch so ausgebreitet, als könnte gleich ein Empfang stattfinden. Hier hatte sich jemand nicht mal die Mühe gemacht, so zu tun, als ob das alles ein unglücklicher Bauschaden sei. Der Saal war nicht denkmalgeschützt, den Verantwortlichen droht abseits vom Gesichtsverlust kaum eine Konsequenz.

„Wie konnte das passieren?“ – das wurde in der Stadt leidlich diskutiert. Spannender ist: Warum

schon wieder? Der Barocksaal war nicht das erste kostbare Kulturgut, das einfach beseitigt wurde. Ein Widum in Weer – trotz Denkmalschutz abgerissen. Ein ganzer Gemeinderat war sich vor Gericht dennoch keiner Schuld bewusst. Von Kennerinnen und Kennern in ganz Österreich betrauert: Paul Floras privates Kuppelbad von Josef Lackner, auf das – leider, leider – kurz vor seiner Unterschutzstellung ein Baum gekracht ist. Die Frage drängt sich auf: Ist Tirol ein Land der